Sexualpolitische Dimorphismen

Populistischer Homozivilisationismus als rechtes Zukunftsprojekt

Marco Bitschnau*

Schlüsselwörter: LGBTQ*, Liberalismus, Rechtspopulismus, Homozivilisationismus, Homonationalismus, Sexualpolitik, Islam

Abstract: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit sexualpolitischen Positionierungen innerhalb des europäischen Rechtspopulismus. Vor dem Hintergrund der beständig wachsenden Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Beziehungen und des zugleich immer stärker aufscheinenden Nutzwertes der Thematik für die Popularisierung und Legitimierung islamfeindlicher Diskursmuster stellt sich für Rechtspopulist*innen zunehmend die Frage, inwieweit strategische Haltungswechsel in Fragen der Sexualpolitik eine erfolgversprechende Zukunftsperspektive darstellen. Ausgehend von einer näheren Betrachtung der rechtspopulistischen Positionsvarianz wird argumentiert, dass ein anti-islamisch grundierter *Homozivilisationismus* als Variation des in der Literatur gängigen nationalstaatszentrierten *Homonationalismus* in West- und Mitteleuropa bereits in Ansätzen vorhanden ist und künftig wohl noch stärker akzentuiert werden dürfte.

Abstract: This contribution provides an overview of different positions on sexual politics within European right-wing populism. Against the backdrop of a growing acceptance of same-sex relationships and in light of the opportunities that this development may offer for the popularization and legitimization of anti-Islam discourses, right-wing populists are increasingly facing a strategic crossroads: Should they retain their skeptical stance or could a more liberal approach pay off in the future? Exploring right-wing populist positions across Europe, I argue that a decidedly anti-Islamic *homocivilizationism* – as a variant of the nation-state centered *homonationalism* to be found in the literature – is a salient trend in Western and Central Europe and likely to become even more pronounced in the future.

Dass der Rechtspopulismus, der seit geraumer Zeit in den Demokratien Europas und Nordamerikas die Alarmsirenen schrillen und Feuilletons erbeben lässt, viele Facetten kennt, ist ein Umstand, der bisweilen in Vergessenheit geraten mag. Allzu häufig liegt der Fokus der öffentlichen wie auch der akademischen Aufmerksamkeit stattdessen auf der – durchaus problematisierbaren – Mélange aus Autoritarismus, Chauvinismus und Systemkritik, die rechtspopulistische Parteien und Bewegungen von Córdoba bis Kopenhagen zu einen scheint; nicht etwa im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners, sondern als durchgehendes und mithin konstitutives Strukturelement. Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang sogar von einer *Populistischen Internationalen* oder, wenn man stattdessen den nationalistischen Aspekt

* Marco Bitschnau, Universität Neuenburg
Kontakt: marco.bitschnau@unine.ch

stärker herausstellen möchte, einer *Nationalistischen Internationalen* gesprochen.[1] Völker (*populi*), hört die Signale in leicht abgeänderter Form also?

Nicht unbedingt. Denn auch wenn die genannten Formeln eingängig scheinen und in aller Regel die gewünschten Bilder hervorzurufen vermögen, nämlich die einer festgefügten Einheitsfront oder eines Wurzelgeflechts, das das politische Erdreich des alten Kontinents durchzieht, so erweisen sie sich bei näherer Betrachtung doch als recht verkürzt. Zwar gibt es medial inszenierte Zusammenkünfte und paneuropäische Kooperationen von Rechtspopulist*innen aus Nord und Süd, doch darf dieses Zurschaustellen von Einmütigkeit im *Europa der Vaterländer* nicht über die große Varianz rechtspopulistischer Programmpunkte jenseits von *Bread-and-Butter*-Themen wie Immigration und Identität hinwegtäuschen. Es genügt vollauf, einen vergleichenden Blick auf die Wirtschafts- und Industriepolitiken europäischer Rechtspopulist*innen zu werfen, und schon stößt man auf ein Positionenspektrum, das so ziemlich jede denkbare Option zwischen quasi-sozialistisch[2] und marktradikal miteinschließt. Ähnliche Muster finden sich auch in der Außen-, Umwelt- oder der im Rahmen dieses Beitrags näher behandelten Sexualpolitik.

1. Sexualpolitische Offenheit als industriestaatlicher Trend

Unter Sexualpolitik können dabei zunächst alle Einzelpolitiken subsumiert werden, die sich mit der Sexualität der der Staatsmacht unterworfenen Subjekte befassen oder diese tangieren, unabhängig davon, ob es sich um Bürger*innen oder Nichtbürger*innen im staatsrechtlichen Sinne handelt. Sexualität ist dabei als biologische wie auch als soziale Kontur zu verstehen und Sexualpolitik folglich als Politikfeld, das die Biologie (Körperpolitik) wie auch die Sozialität (Gesellschaftspolitik) gleichermaßen berührt. In diesem Beitrag wird der Begriff freilich noch einmal enger gefasst, nämlich als politisches Maßnahmenbündel, das auf die sexuelle Identität abzielt und nicht auf die sexuelle Praktik. Nun könnte man einwenden, dass es für den genannten Sachverhalt doch spezifischere Begriffe gebe, die an dieser Stelle aber nur bedingt überzeugen können. So sind Queerpolitik und LGBTQ*-Politik zwar durchaus gängig, suggerieren aber ein progressives Gestaltungsversprechen und Emanzipationsbekenntnis, das sich nur schwer mit dem Sujet der folgenden Seiten vereinbaren ließe. Denn während ein Qualifizierungsausdruck wie *rechtspopulistische Sexualpolitik* ein weites Spektrum an Deutungsschemata eröffnet, insinuiert *rechtspopulistische Queerpolitik* gerade dort eine Form von Authentizität und aufrichtigem Bemühen um die Sache, wo von der Substanz losgelöstes politstrategisches Taktieren den mutmaßlich vorherrschenden Handlungsantrieb darstellt. Wenn auf den folgenden Seiten also von Sexualpolitik die Rede ist, dann immer in Bezug auf sexuelle Identität – konkret auf jene von der Norm abweichenden Identitäten, die politisch überhaupt erst bespiel- und kultivierbar gemacht werden können: Homosexualität, Bisexualität, Transidentität und andere.

Für die industrialisierte Welt im Allgemeinen und Europa im Besonderen fallen hier zwei distinkte Entwicklungsstränge ins Gewicht. Zum einen ist da der Umstand, dass sich die

1 Der Ausdruck ist gerade in der deutschsprachigen Presse durchaus verbreitet (vgl. bspw. Schaible 2017).
2 Man denke nur an den auf Autarkie, Protektionismus und einen gut ausgebauten Sozialstaat setzenden Rassemblement National (RN; ehedem Front National) in Frankreich.